

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Tätigkeiten · Nachrichten · Meinungen

Allgemeines

31. Generalversammlung: Realistische Haltung und konstruktiver Geist — Mehr Bereitschaft zur Zusammenarbeit — Gleiche politische Schwerpunkte — Warten auf Ergebnisse des Pariser Nord-Süd-Dialogs — Initiative der Bundesrepublik Deutschland zur Geiselnahme — Verstärkter Druck auf Südafrika — Vertagung auf Frühjahr 1977 (1)

Kompromißbereitschaft und konstruktiver Geist kennzeichneten die Arbeit der 31. Generalversammlung der Vereinten Nationen. Dabei hatte es an kontroversen Themen nicht gefehlt: die politischen Schwerpunkte der Tagung waren die Probleme des Nahen Ostens und des Südlichen Afrikas, der Abrüstung und die Zypern-Frage. Auch die Frage einer Neuen Weltwirtschaftsordnung kam erneut zur Sprache. Die realistische Grundhaltung der am 21. September 1976 eröffneten Generalversammlung und der weitverbreitete Wunsch, für die offenen Fragen vernünftige und friedliche Lösungen zu finden, erlauben einen Ausblick mit dem »gewissen Maß von Optimismus«, von dem Generalsekretär Waldheim sprach. Verfehlt wäre es jedoch, den verhältnismäßig ruhigen Verlauf der Tagung, der nicht zuletzt im Abwarten außerhalb des Bereichs der Vereinten Nationen laufender politischer Initiativen begründet lag, als »Sieg« einer Ländergruppe, der westlichen Industrieländer etwa, zu interpretieren oder ihn allein der »Resignation« der Vorkämpfer der Interessen der Dritten Welt zuzuschreiben. Nach den oft heftigen Debatten früherer Jahre, gekennzeichnet von Angriffslust auf der einen und undifferenzierter Abwehrhaltung auf der anderen Seite, hat sich vielmehr zunehmend die Erkenntnis durchgesetzt, daß auch die Austragung von Konflikten einer gemeinsamen Verfahrensgrundlage und einer wenigstens allgemeinen Festlegung der anzustrebenden Ziele bedarf. Enttäuschungen blieben dennoch nicht aus. So wurden der langsame Fortgang der Seerechts-Konferenz und der sowjetisch-amerikanischen SALT-Verhandlungen beklagt.

Die Vertreter der Entwicklungsländer monierten hauptsächlich, daß hinsichtlich der von ihnen angestrebten Neuen Weltwirtschaftsordnung dieses Mal kaum Fortschritte erzielt worden seien. Die Aussprache über die Durchführung der Entscheidungen der 7. Sondergeneralversammlung über »Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit« konnte nicht abgeschlossen werden. Die meisten Delegierten hatten damit gerechnet, in diesem Kontext bereits die Ergebnisse der Pariser »Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit« (des »Nord-Süd-Dialogs« zwischen den wichtigsten Industrie- und Entwicklungsländern) aufgreifen zu können. Diese Ergebnisse lagen aber noch nicht vor. Die Generalversammlung schloß daher auch nicht, wie es die Regel ist, ihre Beratungen kurz vor Weihnachten ab, sondern vertagte sich am 22. Dezember auf das Frühjahr 1977. Das abschließende Ministertreffen der Pariser Konferenz soll abgewartet werden, um dann auf der wiederaufgenommenen 31. Generalversammlung im Zusammen-

hang mit der »sich rapide verschlechternden internationalen Wirtschaftslage« samt ihren »möglicherweise unheilvollen Auswirkungen auf viele der ärmeren Länder« eine gründliche Einschätzung der Ergebnisse vornehmen zu können. So Hamilton Shirley Amerasinghe aus Sri Lanka, der zu Beginn der Tagung als ihr Präsident die Nachfolge des Luxemburgers Gaston Thorn angetreten hatte.

Einer der beiden erst nach Tagungsbeginn eingebrachten Tagesordnungspunkte fand starken Widerhall in den Debatten und schlug sich in einem Beschluß zur weiteren Behandlung nieder: der von der Bundesrepublik Deutschland unterbreitete Vorschlag für die Ausarbeitung einer Konvention zum Verbot der Geiselnahme. Die Behandlung des Vorschlags der Bundesrepublik, ihre seit dem UN-Beitritt herausragendste Initiative in der Weltorganisation, zeigte den konstruktiven Realismus dieser Tagung auf. Diese positive Tendenz hatte sich schon zu Beginn der Tagung durch die Zurückziehung zweier entgegengesetzter, konfliktträchtiger Anträge zur Korea-Frage abgezeichnet.

Daß aber die Grundpositionen von »Mehrheit« und »Minderheit« nach wie vor weit auseinanderklaffen, hat sich auch auf der 31. Generalversammlung gezeigt, beispielsweise im Hinblick auf das Vorgehen gegenüber der rassistischen Herrschaft in Südafrika. So sah sich der angesehene Präsident der Generalversammlung, Amerasinghe, zu der beschwörenden Warnung veranlaßt, daß, falls es in Südafrika nicht zu einer gerechten Lösung der Probleme komme, Gewaltanwendung das letzte Mittel von Verzweifelten sein werde, die sich in ihrem Vertrauen getäuscht sähen.

(Wichtige Themen der 31. Generalversammlung werden nachstehend und in den weiteren Heften behandelt.) Red

Wirtschaft und Entwicklung

IFAD: Gründungsabkommen liegt zur Unterzeichnung auf — »Trick« bringt Durchbruch bei der Finanzierung — Arbeitsbeginn noch ungewiß (2)

Das IFAD-Abkommen liegt seit dem 20. Dezember 1976 zur Unterzeichnung auf. Es war zwar bereits am 13. Juni 1976 paraphiert worden, doch hatten die Gründer des »Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung« (International Fund for Agricultural Development, IFAD) den weiteren Fortgang des Vertragsverfahrens an den Eingang fester Beitragszusagen in Höhe von einer Milliarde US-Dollar geknüpft (Vorgeschichte und Hintergrund s. VN 1976 S. 123).

I. Am 13. Juni 1976 fehlten noch etwa 63 Mill Dollar. In der Folgezeit warteten OECD-Staaten (536 Mill Dollar) wie OPEC-Länder (400 Mill Dollar) auf den ersten Schritt des jeweils anderen. Im Frühherbst stockte dann der Iran sein Angebot um 20 Mill Dollar auf und baute damit seine Spitzenposition unter den OPEC-Gebern weiter aus. Saudi-Arabien steuerte weitere 5,5 Mill Dollar bei

und schließlich erhöhten auch etliche westliche Industriestaaten ihre Beitragszusagen, meist eher geringfügig (um mehr als eine Million Dollar: Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Kanada, Niederlande, Schweden, Bundesrepublik Deutschland, Japan). Der Durchbruch kam am 16. Dezember 1976 durch einen »Trick« der Generalversammlung. Diese beschloß, aus ihrem Sonderfonds für die von der Krise am härtesten betroffenen Länder (MSAC) 20 Mill Dollar an deren Geber Venezuela und Norwegen anteilig zurückzuerstatten mit der Maßgabe, daß diese Summe, wie von den beiden Ländern angekündigt, in den IFAD fließe. Der UN-Sonderfonds, der aufgrund von Resolution 3202(S-VI) vom 1. Mai 1974 errichtet worden und bei den potentiellen Beitragszahlern von vornherein auf große Zurückhaltung gestoßen war, war damit praktisch wieder leer. Das Abstimmungsergebnis (56 zu 12 bei 64 Enthaltungen) verrät das Unbehagen, mit welchem zahlreiche Staaten das pragmatische Vorgehen einer »Koalition« vornehmlich von OECD-, OPEC- sowie lateinamerikanischen Ländern betrachtet haben. Der Delegierte Äthiopiens artikuliert es dahingehend, mit dieser finanziellen Transaktion habe die Generalversammlung einen Präzedenzfall geschaffen sowie möglicherweise weitergreifende Ungewißheit gestiftet und gleichsam eine Pandorabüchse geöffnet.

II. Der IFAD-Abkommenstext vom 13. Juni 1976 enthält 91 Paragraphen. Die Teilnehmerstaaten sind in drei Kategorien unterteilt: Kategorie I (beitragspflichtige entwickelte Industriestaaten) besteht aus zwanzig der 24 OECD-Länder, darunter Spanien. Während Island am Abkommen nicht beteiligt ist, befinden sich die drei OECD-Mitglieder Griechenland, Portugal und Türkei unter den 59 Ländern der Kategorie III (Entwicklungsländer). Dort findet man auch Jugoslawien und Rumänien, die einzigen Beteiligten aus dem Kreis der sozialistischen Staaten Osteuropas, sowie das OPEC-Land Ecuador. Die übrigen zwölf OPEC-Mitglieder bilden die Kategorie II mit den beitragspflichtigen Entwicklungsländern. (Zu der Bedeutung der Kategorien s. auch VN 1976 S. 123.)

III. Die verbindlichen Zusagen in konvertiblen Währungen erreichen den Gegenwert von 1 012 Mill Dollar. Die Länder der Kategorie I bringen gut 567 Mill Dollar auf (USA 200, Bundesrepublik Deutschland und Japan je 55, Niederlande rd. 39,5, Kanada rd. 33,7, Großbritannien rd. 31,9, Schweden rd. 25,5, Frankreich und Italien je 25, Norwegen rd. 23,6, Belgien rd. 13,6, Australien rd. 9,8, Schweiz rd. 8,8, Dänemark 7,5, Österreich 4,8, Finnland rd. 3,1, Spanien 2, Neuseeland knapp 2, Irland gut 1, Luxemburg rd. 0,4). Auffällig die relativ starke Beteiligung der Niederlande und der skandinavischen Staaten, die der multilateralen Entwicklungshilfe bekanntlich freundlicher gegenüberstehen als etwa Frankreich. Die Länder der Kategorie II tragen 435,5 Mill Dollar bei (Iran 124,75, Saudi-Arabien 105,5, Venezuela 66, Kuwait 36, Nigeria 26, Irak und Libyen je 20, Vereinigte Arabische Emirate 16,5, Algerien 10, Katar 9, Indonesien 1,25 und Gabun 0,5). Schließlich zahlen elf Staaten der Kategorie III insgesamt 9,15 Mill Dollar ein. Hier ragt Mexiko mit 5 Mill Dollar heraus.